

Beschluss des Landrats vom 30.01.2025

Nr. 963

24. Professionalisierung des Sozialdienstes/der Sozialhilfebehörde

2024/596; Protokoll: ps, pw

Landratspräsident **Peter Hartmann** (Grüne) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen.

Matthias Liechti (SVP) erklärt, mit dem Postulat werde ein wenig suggeriert, die Behördenmitglieder auf Gemeindeebene würden ihre Arbeit nicht richtig tun, weil sie Laien sind. Die Landratsmitglieder sind auch Laien. Als ehemaliger Gemeindepräsident einer kleinen Gemeinde wehrt sich Matthias Liechti gegen diese Unterstellung. Die Behördenmitglieder leisten hervorragende Arbeit, vor allem auch deshalb, weil sie die Menschen kennen, die sie betreuen. Sie wissen, mit wem man wie umgehen muss. Es kommt manchmal auch zu überfordernden Situationen. Gerade dann ist es zu bedauern, dass die gute Unterstützung, die der Kanton früher leistete, nicht mehr in diesem Ausmass vorhanden ist. Fehler machen leider auch die Profis. Es wird unterstützt, dass Gemeinden, wenn sie es wollen, schon jetzt regional zusammenarbeiten und sich organisieren können. Das funktioniert. Sollte sich eine Gemeinde wieder anders organisieren wollen, wie dies im Lauental gerade der Fall ist, dann ist dies nun auch möglich. Sollte eine Regionalisierung und Professionalisierung aber verpflichtend sein, wie man zwischen den Zeilen dieses Postulats lesen kann, haben die Gemeinden nicht mehr die Möglichkeit, sich zu entscheiden, wie sie ihre Sozialhilfe organisieren wollen. Weil eine regionale Organisation bereits heute möglich ist, sieht die SVP-Fraktion keinen Mehrwert in der Überweisung des Postulats und spricht sich dagegen aus. An dieser Stelle ein Dank an alle Sozialhilfebehördenmitglieder in den Gemeinden für ihren Einsatz, den sie für die Menschen, für den Kanton und für die Gemeinde leisten.

Pascale Meschberger (SP) hält fest, sie sei selber Mitglied einer Sozialhilfebehörde von Amtes wegen. Als Liestalerin weiss sie, was es bedeutet, Sozialhilfe anzubieten, und was diese kostet. Die Sozialhilfe ist einer der grössten Ausgabenposten in den Budgets der Gemeinden. Die Aufgaben und Problemstellungen sind in den letzten Jahren sehr viel komplexer geworden und die Anforderungen an die Sozialarbeitenden viel grösser. Dies war für die Rednerin ein Grund für einen Blick über den Tellerrand hinaus. Wie werden die Aufgaben in anderen Kantonen gelöst und gäbe es alternative Modelle? Es fällt rasch auf, dass praktisch kein anderer Kanton mehr Sozialhilfebehörden kennt. In Basel-Landschaft gibt es Gemeinden, die gar keinen Sozialdienst haben, sondern die Sozialhilfebehörde allein die ganze Arbeit des Sozialdiensts macht. Diese muss sehr komplizierte gesetzliche Anforderungen erfüllen. Auch wenn die Rednerin weiss, dass es in der Öffentlichkeit noch Fragezeichen zur KESB gibt – und die Qualität der verschiedenen KESB-Organisationen vielleicht nicht überall gleich ist –, möchte sie diese erwähnen. Es dürfte weitgehend unbestritten sein, dass das Modell der professionellen KESB gegenüber den früheren Vormundschaftsbehörden einen deutlichen Vorteil aufweist. Es ist schwer vorstellbar, dass heute wieder Laien darüber entscheiden, ob zum Beispiel ein Kind fremdplatziert werden muss. Es wäre an der Zeit, auch den Sozialdienst zu professionalisieren, wie das mit anderen Diensten auch getan wird. Es müsste in jeder Gemeinde eine professionelle Stelle geben. Mit ihrem Postulat möchte die Rednerin nicht die Sozialhilfebehörden abschaffen. Das ist eine andere Diskussion. Aber es ist aufgrund der komplexer gewordenen Anforderungen sehr wichtig, dass es professionelle Leute gibt, um zu entscheiden, wer was zugute hat, und vor allem um auch die Anforderungen bezüglich der Arbeitsintegration zu erfüllen. Dafür braucht es professionelles Know-how. Bei den Aussagen, man kenne doch die Betroffenen in den eigenen Gemeinden am besten und wisse, was richtig ist,

handelt es sich um einen alten Zopf. Genauer betrachtet, ist diese Situation nicht mehr haltbar, weil das Prinzip der Gleichbehandlung ganz häufig verletzt wird. Das sieht die Rednerin sogar in ihrer Behörde, dass je nach Verlauf einer Diskussion immer wieder anders entschieden wird. Ihre Behörde sagt sogar, sie müsste sich eigentlich selber abschaffen, obwohl die Leute wirklich kompetent sind. Spannend ist auch die letztjährige Sissacher Tagung des Verbands für Sozialhilfe Basel-Landschaft (VSO). Es ging um genau dieses Thema: die Professionalisierung. Es bestand Konsens darüber, dass professionalisiert werden sollte. Explizit waren dort auch Frauen aus Behörden von Gemeinden, die alleine zuständig sind und keinen Sozialdienst haben. Diese Frauen machten einen äusserst patenten Eindruck, aber sie legten trotzdem dar, dass sie froh wären um eine Professionalisierung. Diese Verantwortung kann man praktisch nicht mehr alleine tragen. Die Rednerin ist auch nicht sicher, ob alle Gemeinden noch genug Leute finden für diese Laienbehörden. Das wird immer schwieriger, denn der Aufwand ist ziemlich gross. Die Rednerin glaubt nicht, dass es ideal ist, wenn eine bezugsberechtigte Person in einer kleinen Gemeinde beim Nachbarn, der Behördenmitglied ist, vorsprechen und um Hilfe bitten muss. Dies hält viele Personen davon ab, Sozialhilfe zu beantragen. Die Kosten können ein Grund für die Gemeinden sein, dies weiterhin so zu handhaben. Aber das ist eigentlich nicht das Ziel. Es stellt sich die Frage, wie die Umsetzung erfolgen kann. Der Regierungsrat sollte die verschiedenen Modelle darlegen. Es handelt sich um ein Postulat. Es stellen sich auch rechtliche Fragen; im Moment hat die Sozialhilfebehörde die Verfügungsgewalt. Auch das müsste diskutiert werden, gerade bei regionalen Zusammenschlüssen. Es muss geklärt werden, wie das gelöst wird, wenn sich viele Gemeinden zusammenschliessen. Muss man jedes Mal für die Verfügungen an die verschiedenen Sozialhilfebehörden gelangen, macht dies die Administration unglaublich kompliziert. Deshalb soll der Regierungsrat auch prüfen und berichten, welche gesetzlichen Grundlagen angepasst werden müssten, sollte ein neues Modell gewählt werden.

Die Kosten der Sozialhilfe werden weiterhin hoch bleiben, wahrscheinlich auch mit neuen Modellen. Aber gerade die Stadt Liestal hatte noch vor wenigen Jahren die höchste Quote. Es ist beeindruckend, dass nach einer Reorganisation über CHF 3 Mio. eingespart werden konnten – nicht auf dem Buckel der betroffenen Personen, sondern für die betroffenen Personen, denn diese werden heute besser betreut. Darum ist die Rednerin überzeugt, dass mit neuen Modellen auch die Gemeinden allenfalls Geld einsparen können und es könnte auch eine gewisse Fairness für die Gemeinden bedeuten, weil einige eine hohe und andere eine niedrigere Quote haben. Vielleicht könnte man das mit anderen Modellen auch etwas verhindern. Die Rednerin bittet um Überweisung des Postulats.

Gzim Hasanaj (Grüne) sagt, die Vorrednerin habe den alten Zopf erwähnt. Der Regierungsrat wird die Aufgabe haben, zu klären, was mit alten Zöpfen geschieht, sollte denn das Postulat überwiesen werden. Es mag sein, dass einem, als man jung war und eine Haarpracht hatte, Zöpfe einmal gut standen, aber irgendwann werden sie grau und spröde und einfach nur noch traurig. Dasselbe gilt für die Sozialhilfebehörde. Vielleicht war diese irgendwann sinnvoll, aber heutzutage ist sie nicht mehr zeitgemäss. Im Gesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung von Bedürftigen stand während fast 100 Jahren, dass wenn jemand bedürftig wird, die Rechnung während den ersten zwei Jahren an den Heimatkanton gehe. Die meisten Leute hatten jedoch nie in ihrem Heimatkanton gelebt. Nach fast 100 Jahren wurde diese Regelung geändert. Das Gleiche geschah letztthin: Der Redner war stolz, dass fast diskussionslos und mit grosser Mehrheit entschieden wurde, dass die Rückerstattungspflicht bei der Sozialhilfe abgeschafft werden soll. Diese hatte auch nur viel Bürokratie verursacht und überhaupt nichts gebracht. Zur KESB gab es in der Anfangsphase sehr viele Diskussionen, aber die meisten KESB funktionieren heute sehr gut. Die Professionalisierung ist gelungen. Die meisten Gemeinden haben aktuell massive Probleme bezüglich der Sozialhilfe: – der Redner empfiehlt den Landratsmitgliedern, sich in ihren Wohnge-

meinden zu erkundigen – ein Mangel an geeignetem Fachpersonal, eine grosse Bürokratie, die Zusammenarbeit zwischen Sozialdienst und Sozialhilfebehörde ist sehr träge und schwerfällig; der Sozialdienst ist mindestens 50 % der Zeit damit beschäftigt, die Sitzungen vor- und nachzubereiten. Das heisst, die Zeit, die für die Klienten bleibt, ist gering. Die Zeit für Beratung und Unterstützung sollte für die Klienten eingesetzt werden können und nicht für die Sitzungsvorbereitung verwendet werden müssen. Zur emotionalen Bindung, sollte diese denn so wichtig sein: Der Redner ist nicht für die Abschaffung der Sozialhilfebehörde; man kann ihr eine neue Rolle zuteilen, beispielsweise als permanente Audit-Stelle oder Revisionsstelle, damit sie zwischendurch Fälle kontrollieren kann. Aber die heutige Organisation ist nicht mehr zeitgemäss. Die grosse Bürokratie belastet alle und bringt nichts. Deswegen bittet der Redner um Überweisung des Vorstosses. Es müsste mindestens ein Handlungspostulat sein; der Redner hätte auch eine Motion begrüsst. In diesem Bereich muss dringend etwas getan werden.

Pascal Ryf (Die Mitte) nimmt vorweg, er sei in der letzten Legislatur noch Gemeinderat und zuständig gewesen für Alter/Soziales/Gesundheit und auch für die Sozialhilfebehörde. Die Mitte-Fraktion ist klar gegen eine Abschaffung der Sozialhilfebehörde. Es geht auch nicht darum, alte Zöpfe abzuschneiden, denn diese haben durchaus auch ihre Berechtigung und häufig auch ihren Reiz. Es muss nicht alles über den Haufen geworfen werden, was alt ist. Aber im Unterschied zu den kleinen Gemeinden gibt es in grösseren Gemeinden viel mehr Fälle, so hatte der Redner als Mitglied der Sozialhilfebehörde immer zwischen 50 und 100 Fällen, die bearbeitet werden mussten. Der Redner ist in Oberwil relativ gut vernetzt, aber er kannte praktisch keinen dieser Klientinnen und Klienten. Seine Vorvorgängerin ging noch zu den Klienten nach Hause und half beim Ausfüllen von Formularen etc. Die Zeiten haben sich vor allem in den grossen Gemeinden geändert und es gab auch eine sehr starke Anonymisierung. Bei 11'500 Einwohnerinnen und Einwohnern und über 100 Flüchtlingen mit dem Schutzstatus S ist es unmöglich, dass man die Leute persönlich kennt. Trotzdem ist der Redner davon überzeugt und durfte das auch erleben, dass die Sozialhilfebehörden sehr gute Arbeit machen. Sie sind sehr engagiert. Letzte Woche gab es in seiner Gemeinde eine Sitzung mit den Sozialhilfebehörden und der Redner fragte seinen Nachfolger, wie lange er für die Vorbereitung brauchte. Dies waren fünf bis sechs Stunden, weil er die Fälle im Detail anschauen wollte. Die kantonale Asylverordnung, Sozialhilfegesetz, Sozialhilfeverordnung etc. und Grundsatzentscheide in den Gemeinden – das Ganze ist sehr komplex geworden und nicht einfach ein kleines «Ämtli». Die Sozialhilfebehörde musste gerade neu besetzt werden und es war schwierig, Leute zu finden. Einer, der sich gemeldet hat, entschied vor der ersten Sitzung, der Aufwand sei doch zu gross. Nun braucht es nochmals eine Nachwahl. Es ist nicht einfach, für so eine komplexe Arbeit genug Leute zu finden. In Oberwil wurde der Sozialdienst mit dem von Biel-Benken zusammengelegt. Das heisst, der Sozialdienst Oberwil macht auch die Fälle für Biel-Benken. Die Behörden sind aber noch getrennt und haben auch unterschiedliche Grundsatzentscheide, was für den Sozialdienst wiederum relativ mühsam ist bei der Bearbeitung der Fälle. Die Mitte-Fraktion ist gegen eine Streichung der Sozialhilfebehörden. Im Vorstoss geht es aber darum, zu prüfen, welche Modelle andere Kantone haben, wo es Effizienzsteigerungen gibt und was professionalisiert werden kann. Als der Redner das Ressort neu übernahm, musste er sich einarbeiten, denn Sozialhilfe war nicht gerade sein Steckenpferd. Er erkundigte sich in anderen Gemeinden und sah, wie diese arbeiten. Jeder hat das Gefühl, seine Gemeinde tue das Richtige. Mit der Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden konnte der Redner Effizienzsteigerungen erzielen. Wirft der Kanton einen Blick in andere Kantone, kann dies nur ein Gewinn für die Sozialhilfebehörden und schlussendlich auch für die Klientinnen und Klienten sein. In diesem Sinne unterstützt die Mitte-Fraktion das Postulat.

Werner Hotz (EVP) sagt, es sei ein Fakt, dass die Sozialhilfe und die Koordination der Leistungsansprüche in den letzten Jahren deutlich komplexer geworden seien. Es geht nicht darum, die

Gemeinden zu bevormunden, zu übergehen oder ein Misstrauensvotum an die bestehenden Behörden auszusprechen. Es geht darum, zu prüfen und zu berichten, ob und wie die Organisation angepasst werden soll. Auch ein Quervergleich zu anderen Kantonen ergibt durchaus Sinn. Wichtig ist schliesslich, dass die betroffenen Personen die nötige Hilfe bekommen. Es muss geprüft werden, wie dies verbessert oder effizienter werden kann. In diesem Sinne unterstützt die Grüne/EVP-Fraktion den Vorstoss, damit geprüft und berichtet werden kann.

Roger Boerlin (SP) unterstützt das Postulat, in dem es nicht um die Abschaffung der Sozialhilfebehörden gehe. Der Redner schätzt die Tätigkeit der Sozialhilfebehörde. Er weiss, was sie leisten. Er war 18 Jahre Mitglied der Sozialhilfebehörde Muttenz, als Gemeinderat und lange Zeit auch als Präsident. Die Komplexität hat massiv zugenommen, wie von den Vorrednern bereits erwähnt wurde. Entsprechend sollte man einmal über die Bücher gehen und überprüfen, ob das jetzige Modell das Beste ist und welche anderen es gibt. Der Regierungsrat nimmt das Postulat entgegen, weil er genau dies anschauen möchte. Die grossen Gemeinden haben den Vorteil, dass sie von einem Sozialdienst unterstützt werden. Derjenige von Muttenz hat 28 Mitarbeitende. In den kleinen Gemeinden ist die Situation ganz anders. Das Postulat ist nicht als Misstrauen gegenüber den Sozialhilfebehörden zu verstehen. Im Gegenteil, es geht darum, dass Modelle überprüft werden, die allenfalls in Erwägung gezogen werden könnten. Es ist wichtig, dass der Regierungsrat prüfen und berichten kann.

Fortsetzung am Nachmittag

Andrea Heger (EVP) gibt ihre Interessensbindung bekannt: Als Gemeinderätin ist sie in die Sozialhilfebehörde delegiert. Die am Vormittag gehörten Voten zeigen, dass eine breite Prüfung und eine saubere Auslegeordnung sinnvoll wären. Aufgrund der verschiedenen Rollen, die wahrgenommen werden können, braucht es eine differenzierte Betrachtung. Andrea Heger kann die Aussage von Matthias Liechi unterstützen, dass es sinnvoll ist, wenn Leute vor Ort verankert sind und so ortsbezogene Tipps geben und auf Angebote hinweisen können. Professionelle Dienste können teilweise, wenn sie von auswärts kommen, nicht derart lokalspezifische Tipps geben. Im Vorstoss geht es auch darum, zu klären, ob es noch zeitgemäss ist, dass die Sozialhilfebehörde gleichzeitig Sozialdienst sein kann. Es handelt sich um zwei unterschiedliche Rollen. Diese Prüfung wird begrüsst, ebenso das Aufzeigen von pro und contra einer Behörde vor Ort.

Peter Riebli (SVP) fällt es einfach, seine Interessendbindungen bekannt zu geben: Er ist nicht mehr Gemeindepräsident, nicht mehr Sozialhilfepräsident und nicht Vormundschaftspräsident. Insofern darf sich Peter Riebli also eine neutrale Meinung zubilligen. Er war etwas verwirrt während der Diskussion vom Vormittag. Er meint, unterschwellig gehört zu haben, dass man die Sozialhilfebehörden abschaffen und alte Zöpfe abschneiden möchte, dass es an der Zeit sei, etwas Neues zu machen etc. Von anderen wurde dies dann wieder relativiert und gesagt, es gehe nicht darum, die Sozialhilfebehörden abzuschaffen.

Zum Abschneiden alter Zöpfe: Nicht alles Alte ist schlecht. Es gibt auch alte Sachen, die sich bewährt haben. An diesen darf ruhig festgehalten werden und sie sollten nicht nur um der Modernisierung willen abgeschafft werden.

Betreffend die Professionalisierung zeigt die Erfahrung von Peter Riebli als Gemeinderat, dass diese zu höheren Kosten, mehr Bürokratie und zu schlechterer Qualität führt. Ihm erscheint es zynisch, dass die KESB als Musterbeispiel einer gelungenen Professionalisierung verkauft wird. Seit Schaffung der KESB explodieren in der Gemeinde die Kosten, es besteht eine Intransparenz darüber, was überhaupt bezahlt wird, und es gibt vermehrt Klientenbeschwerden.

Peter Riebli fällt auf, dass vor allem grosse Gemeinden sagen, dass sie Mühe hätten, ihre Sozialhilfebehörden zu besetzen. Aber genau diese Gemeinden haben einen professionellen Sozial-

dienst, dies im Gegensatz zu den kleinen Gemeinden, die ihrerseits aber keine Probleme haben, ihre Sozialhilfebehörden zu besetzen – auch wenn es nicht immer zu Kampfwahlen kommt. Denn die Mitarbeit in einer Sozialhilfebehörde ist hochspannend: Man lernt sehr viel, hat mindestens wöchentlich Klientenkontakt und man kann etwas bewegen. zum Beispiel bei der Arbeitsintegration. Die Mitglieder der Sozialhilfebehörden in den kleinen Gemeinden gehen nämlich beispielsweise bei den Unternehmen im Dorf und in der Region Klinken putzen, um zu fragen, ob diese einem Klienten eine Chance geben möchten. Gibt es einen Sozialdienst, dann kann ein Mitglied der Sozialhilfebehörde nur noch vom Sozialdienst vorbereitete Verfügungen unterschreiben. Dass dies niemand mehr möchte, ist sehr verständlich. Eigentlich müsste eher überlegt werden, ob die Sozialhilfebehörde gestärkt werden soll, indem ihr die entsprechende Verantwortung zurückgegeben wird. Peter Riebli hat noch von keiner kleinen Gemeinde gehört, dass professionalisiert werden soll. Die kleinen Gemeinden helfen sich selber. In seiner Gemeinde gibt es seit neuem einen Sozialhilfearbeiter, der bei kritischen Fällen angefragt werden kann und dann die rechtliche Begutachtung vornimmt.

In diesem Zusammenhang muss Peter Riebli auch dem Kanton einen Vorwurf machen: Als er noch Sozialhilfepräsident war, war das kantonale Sozialamt noch hochprofessionell. Man konnte sich mit allen Fragen dorthin wenden und sogar Verfügungen juristisch vorprüfen lassen. Dieser Service ist leider in den letzten Jahren stark abgebaut worden. Das ist schade. Regierungsrat Anton Lauber müsste hier vielleicht etwas mehr investieren.

Es kann aber auch nicht sein, dass eine Gemeindeaufgabe nun plötzlich zur Kantonsaufgabe wird, was er unterschwellig beim Votum von Pascale Meschberger beim Hinweis auf die finanzielle Belastung von Liestal gehört hat. Oder man müsste ganz ehrlich sein und die Sozialhilfebehörden ganz abschaffen und den ganzen Bereich dem Kanton abgeben. Peter Riebli möchte jedoch daran festhalten, dass die Sozialhilfe eine Aufgabe der Gemeinde ist und auch von dieser finanziert wird. Denn dies diszipliniert. Dies bedeutet auch, dass die Sozialhilfebehörden einen grossen Aufwand betreiben und dies ausgezeichnet machen, um die Sozialhilfequote tief zu halten – zumindest im Oberbaselbiet.

Der Vorstoss von Pascale Meschberger enthält eine Kritik an den Sozialhilfebehörden. So steht: *«Ob dabei die klaren rechtlichen Grundlagen in jedem Fall zur Anwendung kommen, darf zumindest bezweifelt werden»*. Diese Kritik ist bei den Sozialhilfebehörden ohne Sozialdienst nicht gerechtfertigt. Die Sozialhilfebehörden tun alles, um auch rechtlich einen sauberen Job zu machen. Sie bilden sich weiter und machen Veranstaltungen in kleinen Gruppen. Im Oberbaselbiet gab es eine Erfahrungsaustauschgruppe, die sich regelmässig getroffen und auch für Schulungen Fachleute vom Kanton zugezogen hat.

Es wäre der falsche Weg, die Verantwortung dem Kanton zu übertragen. Das System ist föderalistisch und es gilt das Subsidiaritätsprinzip. Jede Aufgabe soll dort erledigt werden, wo sie am besten erledigt werden kann. Und dies wäre nicht nur bei den Vormundschaftsbehörden die Gemeinde gewesen, sondern ist es auch bei den Sozialhilfebehörden.

Yves Krebs (GLP) hat das Votum von Gzim Hasanaj sehr gut gefallen, da dieser ein Praktiker ist, der weiss, was an der Front geschieht. Die Aussage, dass der Sozialdienst stark mit der Vor- und Nachbereitung von Sitzungen eines Laiengremiums beschäftigt sei, öffnet bei Yves Krebs Türen. Er hat es selber bei einer Mitbewohnerin erlebt, dass sie die Sonntagnachmittage mit der Sitzungsvorbereitung für die Sozialhilfebehörde einer grösseren Gemeinde verbringt. Man darf sich ruhig fragen, ob es auch weiterhin genügend Personen gibt, um diese anspruchsvollen Stellen in den Sozialhilfebehörden zu besetzen. Die GLP-Fraktion unterstützt das Postulat.

Andreas Dürr (FDP) ist weder in der Gemeinde noch in der Sozialhilfe tätig, hat aber umso besser zugehört. Der Vorstoss ist interessant aufgebaut: Er moniert zuerst Missstände und schlägt dann vor, zu prüfen, wie diese Missstände verbessert werden könnten, enthält jedoch dabei die Antwort

bereits im Titel. Der Titel heisst «Professionalisierung des Sozialdienstes». Entsprechend sind die Reaktionen auf den Vorstoss und wie er verstanden wird. Die einen fokussieren auf die Antwort im Titel, während andere den Fokus auf das Prüfen richten. Interessant war das Votum von Pascal Ryf, der klar gesagt hatte, er bekenne sich zur Sozialhilfebehörde, man könne aber dennoch den Blick mal öffnen. Peter Riebli hingegen sagt, er müsse gar nicht prüfen, da aufgrund des Titels bereits klar sei, wie das Ergebnis ausfallen soll. Grundsätzlich ist es zwar immer richtig, den Blick zu öffnen, aber dann sollte im Titel nicht bereits die Antwort festgehalten sein. Der Titel könnte auch lauten «Optimierung von Sozialdiensten möglich?». Gzim Hasanaj fühlte sich direkt vom Titel angesprochen und hatte es begrüsst, dass professionalisiert werden müsse und es mehr Sozialdienste brauche. Diese Begeisterung auf der anderen Ratsseite macht Andreas Dürr aber etwas skeptisch und führt zum Verdacht, dass es sich um ein Postulat der IG – SP – Stellensuchende Sozialhilfearbeiter handelt.

Zusammengefasst: Wahrscheinlich ist es richtig, die Frage zu prüfen, aber es ist bedenklich, wenn der Titel bereits eine Antwort enthält. In Anbetracht dessen, dass schon bekannt zu sein scheint, wie die Prüfung herauskommen wird, möchte der Freisinn den Angriff auf das Milizsystem bereits im Keim ersticken. Solange der Titel so bleibt, wird die FDP-Fraktion eine Prüfung nicht unterstützen. Würde der Titel angepasst, könnte man sich mit einer Prüfung der Möglichkeiten in anderen Kantonen abfinden.

Susanna Keller (SVP) verweist auf den Anlass des VSO im Schloss Ebenrain in Sissach, an dem das Thema, was wäre, wenn der Sozialdienst professionalisiert würde, angesprochen wurde. Pascale Meschberger hat vermutlich deswegen den Vorstoss eingereicht. Susanna Keller dankt Matthias Liechi und Peter Riebli für ihre ausgezeichneten Voten. Neben dem VSO gibt es auch Treffen bezüglich Sozialhilfe in den einzelnen Bezirken, zum Beispiel das Leimentalertreffen oder das Birsecktreffen. Beim VSO sind sowohl Sozialarbeiter als auch Sozialhilfearbeiter dabei. Auf dem Podium anlässlich der Veranstaltung im Schloss Ebenrain sind leider nur Stimmen für eine Professionalisierung der Sozialhilfe gesessen. Entsprechend ist es schade, dass dies im Vorstoss nun so ausgenutzt und weitergegeben wird.

Susanna Keller war von 2011 bis Dezember 2024 Mitglied der Sozialhilfebehörde und war auch mal Präsidentin. Es wird gute Arbeit geleistet und es muss darauf geachtet werden, dass es ein gutes Verhältnis zwischen Sozialdienst und Behörde gibt. Sie findet es auch gut, dass verschiedene Berufe und nicht nur professionelle Personen dabei sind. So gibt es zum Beispiel Handwerker, die selber mitanpacken, ein Theologe, der die Leute zuhause besucht, wenn er merkt, dass etwas nicht stimmt, Juristen oder Susanna Keller, die im medizinischen Bereich etwas beitragen kann.

Marc Schinzel (FDP) kann sich Susanna Keller und Andreas Dürr anschliessen. Beim Vorstoss ist der Geist der Zentralisierung und Professionalisierung spürbar. Die Milizbehörden werden im Vorstoss entwertet und ihre Arbeit wird nicht wertgeschätzt. Zentralisierung und Professionalisierung führen zu höheren Kosten und dazu, dass die Bevölkerung weniger eingebunden wird; und zwar in einem Bereich, in dem breit abgestützte, fundierte Entscheide eigentlich sehr wichtig wären, die von der Bevölkerung mitgetragen werden. Je mehr professionalisiert wird, desto mehr wird die Bevölkerung aus den Prozessen ausgeschlossen. Diese werden dann immer weniger fassbar und es entsteht der Eindruck, dass einfach Dinge entschieden werden, die man gar nicht mehr verstehen und mittragen kann. Dies führt zu Polarisierungen. Dies ist keine gute Entwicklung. Der Vorstoss müsste einen anderen Geist vermitteln, zum Beispiel ein konkretes Defizit ansprechen und die Frage nach weiteren Schulungen etc. stellen.

Marc Schinzels Frau ist Mitglied der Sozialhilfebehörde Binningen. Es wird sehr ernsthaft und seriös gearbeitet. In den grossen Gemeinden gibt es den Sozialdienst, der die Vorlagen vorbereitet. Aber in den Sozialhilfebehörden – dem Milizgremium – wird auch ganz viel Zusatzarbeit geleistet, die wichtig ist. Es werden kritische Fragen gestellt und es gibt Rückmeldungen, was zu guten Er-

gebnissen führt. Es ist möglich, gute Leute in die Behörden zu wählen. Kleinere Gemeinden können sich ja auch untereinander verständigen oder beispielsweise gewisse Gremien gemeinsam bilden. Aus Sicht von Marc Schinzel besteht kein Bedarf, die Milizbehörden in Frage zu stellen – im Vorstoss geschieht dies aber mit einem gewissen Grundmisstrauen, dass die Milizbehörden die Situation nicht mehr im Griff hätten und nicht mehr verstehen würden. Gzim Hasanaj hatte den Geist des Vorstosses nochmals verdeutlicht, indem er von einer Motion gesprochen hatte. Die FDP-Fraktion kann diesen Geist nicht mittragen.

Christine Frey (FDP) hat keine Interessensbindungen und wird sich auf ihrer Ratsseite nun unbeliebt machen. Sie hat durchaus Sympathien für den Vorstoss. Diese haben nichts damit zu tun, ob diese Gremien seriös arbeiten oder nicht. Jeder, der gewählt ist, macht selbstverständlich seriöse Arbeit. Christine Frey ist auch mit Peter Riebli einverstanden, dass es in den kleineren Gemeinden nach wie vor möglich ist, etwas zu bewegen. Die Sympathien für den Vorstoss haben damit zu tun, dass in den grossen Gemeinden das Milizsystem total überfordert ist mit der Thematik. Auch den Klienten gegenüber kann eine bessere Leistung erbracht werden, wenn in Sachen Professionalisierung ein Schritt vorwärtsgemacht wird. Christine Frey kennt die Einwände gegen Professionalisierung – höhere Kosten, mehr Bürokratie etc. In diesem speziellen Fall lohnt es sich aber, einmal abzuklären, wie andere Kantone mit dieser Herausforderung umgehen. Es kann auch ein Preisschild für mögliche weitere Schritte genannt werden. Möglicherweise könnte damit auch die Ratsseite von Christine Frey abgeholt werden, wenn klar würde, dass die Kosten gar nicht so viel höher ausfallen würden, weil etwa die Gelder für die Kommission wegfallen würden. Christine Frey unterstützt den Vorstoss.

Balz Stückelberger (FDP) möchte nochmals für die Mehrheit der FDP-Fraktion sprechen. Er weist erneut auf den unterschwelligen Vorwurf hin, dass Laiengremien inkompetent seien. Dieser tut weh. Es handelt sich um das Fundament unserer Gesellschaft, dass sich Leute engagieren. Wie bereits erwähnt, engagieren sich Leute aus sehr verschiedenen Lebensbereichen in diesen Behörden. Störend ist, dass im Vorstoss in Zweifel gezogen wird, dass gewählte Mitglieder der Sozialhilfebehörde die rechtlichen Grundlagen richtig anwenden können. Dies ist eine ungeheuerliche Unterstellung gegenüber denjenigen Leuten, die sich engagieren. Ein kurzer Blick auf die Mitglieder der Sozialhilfebehörde Arlesheim: Diese wird von einem Schulsozialarbeiter geleitet. Der Vizepräsident ist Leiter einer sozialen Institution. Weitere Mitglieder sind ein Anwalt, eine Staatsanwältin und ein Atomphysiker. Bei der Bearbeitung von Fällen kommen so sehr viele Kompetenzen aus ganz verschiedenen Lebensbereichen zusammen. Es ist nicht fair, zu unterstellen, die Leute hätten alle keine Ahnung.

Pascale Meschberger (SP) ist selber Mitglied einer Sozialhilfebehörde und ist selbstkritisch. Es wird auch nicht auf den Laienmitgliedern herumgehackt. Pascale Meschberger schätzt Freiwilligenarbeit sehr – wie eigentlich bekannt sein sollte. Der VSO-Vorstand hat die Tendenz, in Richtung Professionalisierung zu gehen. Mitglieder von Sozialhilfebehörden in Gemeinden ohne Sozialdienst – eine davon ist sogar eine Sozialarbeiterin – sagen, sie seien eigentlich überfordert. Pascale Meschberger ist überzeugt, dass hervorragende Arbeit geleistet wird, aber diese ist einfach nicht mehr leistbar. Eigentlich wurden in vielen Voten die Sozialarbeitenden beleidigt. Diese absolvieren ein mehrjähriges Studium und nun wird so getan, als wäre deren Job so einfach. Ein Beispiel aus dem Berufsfeld der Rednerin: Mit einer Blinddarmentzündung wird vermutlich nicht die Kinesiologin aufgesucht, sondern ein Spital mit einer Chirurgie. Ähnlich müsste es unterdessen doch auch in der Sozialhilfe sein. Es braucht Leute, die etwas von den gesetzlichen Hintergründen verstehen. Abgesehen davon verändert sich auch die Gesellschaft. Für Laienbehörden ist es wohl nicht so lustig, wenn sie juristisch angegriffen werden. Dies ist zwar auch für die Sozialarbeitenden nicht lustig, aber diese verfügen über einen etwas professionelleren Rucksack und einen breiteren

Rücken und sind geschützt durch die Gemeinden.

Pascale Meschberger dankt Andreas Dürr für die professionelle Beurteilung des Postulats. Würde bei jedem Postulat jedes Wort auf die Goldwaage gelegt, würde man wohl nicht sehr weit kommen. Die Rednerin hat ihre Ansichten, die nicht mit den Meinungen anderer übereinstimmen mögen. Hier geht es nun aber darum, zu prüfen, was besser gemacht werden kann, und zwar mit der Meinung, dass es am Schluss die Finanzen stabilisiert, wenn nicht sogar etwas verbessert. Das wird nicht für jede Gemeinde so sein, weil nicht alle die gleiche Quote haben. Die Unterstellung, dass die eine Gemeinde halt gut arbeite und die andere nicht, scheint nicht förderlich. So einfach ist das Leben nicht. Die Quote ist automatisch höher, wenn es – wie in Liestal – eine Psychiatrie, soziale Institutionen und günstigen Wohnraum gibt. Pascale Meschberger ist eigentlich auch stolz darauf, dass die Sozialhilfebeziehenden scheinbar gerne in Liestal wohnen. Aber dies kostet – was aber nicht heisst, dass schlecht gearbeitet wird.

Ronja Jansen (SP) betont, es gehe nicht darum, Misstrauen zu schüren. Es haben wohl alle sehr grossen Respekt vor Menschen, die sich freiwillig in Behörden engagieren und diese wichtige Arbeit leisten. Laiengremien haben auch unbestrittenerweise ihre Daseinsberechtigung. Man sollte sich aber die Frage stellen, wo Laiengremien und wo professionelle Gremien sinnvoll sind. Um diese Kernfrage geht es Ronja Jansen beim vorliegenden Vorstoss. Der Landrat ist auch ein Laiengremium, was Sinn ergibt. Der Landrat soll verschiedene Teile der Bevölkerung und Interessen abbilden und verschiedene Lebenserfahrungen zusammenbringen, damit nachher Entscheidungen gefällt werden können, die möglichst im Sinn der Durchschnittsbevölkerung sind. Wenn es um Repräsentanz geht, sind Laiengremien sinnvoll. Aber bei Sozialhilfebehörden geht es nicht um Repräsentanz oder das gemeinsame Erarbeiten von Lösungen oder das Ausarbeiten von Gesetzen. Vielmehr geht es um die Umsetzung einer bestehenden Rechtsgrundlage. Entsprechend erscheint sinnvoll, dass die Leute einen möglichst professionellen Hintergrund in diesem Bereich haben, möglichst viele Erfahrungen in diesen Sachfragen mitbringen und auch eine gewisse emotionale Distanz zu diesen Fällen mitbringen, damit eben möglichst alle Menschen zu ihrem Recht kommen durch die Sozialhilfebehörde. Es ist wichtig, sich dies vor Augen zu halten. Laiengremien haben ihre Berechtigung, wenn es um Repräsentanz oder das Finden von Lösungen geht. Wenn es Umsetzungsfragen oder um das Umsetzen von Recht geht, haben aber professionelle Gremien auch ihre Berechtigung. Ronja Jansen bittet, den Vorstoss zu unterstützen.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) geht im Folgenden nicht von einer grammatikalischen Auslegung des Vorstosses aus, und auch nicht von irgendwelcher unterstellter Kritik aus oder von Verdächtigungen, dass die einen oder anderen besser arbeiten würden. Es gibt überall Gute und weniger Gute. Er möchte auch nicht die Effizienz oder die Qualität von einzelnen Behörden in Frage stellen oder jemandem einen bestimmten Geist unterstellen. Regierungsrat Anton Lauber ist das Thema mit einem wissenschaftlichen Ehrgeiz angegangen. Letztendlich ist doch unbestritten, dass die Aufgaben einer Sozialhilfebehörde immer komplexer und anspruchsvoller werden, weil die Rechtsgrundlage immer komplizierter wird. Die Sozialhilfe umfasst heute das ganze Sozialhilferecht: von der AHV, zur IV bis hin zur BVG-Rente und zu Auseinandersetzungen mit einem Arbeitgeber. Sozialhilfe umfasst nicht nur Paragraph 15 des Sozialhilfegesetzes «Situative Leistungen».

Ein weiterer Aspekt ist, dass die Sozialhilfebehörden fürs Asylwesen zuständig sind. Die Sozialhilfebehörden sind im ganzen Kanton – im unteren wie auch im oberen Kantonsteil, mit oder ohne Sozialdienst – enorm unter Druck gekommen. Der Tag hat nur 24 Stunden und die Möglichkeiten des Einzelnen sind beschränkt, allen Aspekten eines Einzelfalls nachzugehen. Es sollte nicht der Fehler gemacht werden, von Einzelfällen auf alle und von allen auf einen zu schliessen. Das ist einfach falsch und aus Sicht von Regierungsrat Anton Lauber nicht wissenschaftlich. Er würde sich für eine Analyse der heutigen Situation, für Verbesserungsmöglichkeiten und Lösungsvorschläge

interessieren. Es ist immer schade, wenn alle die Schlussfolgerungen schon kennen, bevor die Facts auf dem Tisch liegen. Es bestehen bereits Ängste vor Fusionen, Totalprofessionalisierung oder der Abwertung von einzelnen Behörden oder Dienstleistern. Regierungsrat Anton Lauber ist nicht ganz klar, weshalb. Es soll doch zuerst eine saubere, sachliche, lockere, entspannte, aber dafür umso interessantere Auslegeordnung gemacht werden.

In der Diskussion wurde vieles vermischt. Heute gibt es eine Sozialhilfebehörde, welche die Verfügungen beschliesst, und die Sozialdienste, die meistens aus Mitarbeitenden der Gemeinde bestehen. Die Sozialdienstmitarbeitenden sind somit meistens Angestellte der Gemeinde, welche die Fälle zuhanden der Behörde aufarbeiten, die im Anschluss verfügt. Bei der Professionalisierung geht es nicht um die Behörde, sondern um den Sozialdienst. Professionalisierung heisst auch nicht immer nur «Professor» oder «Doktor», sondern es geht um die Art der Zusammenarbeit zwischen Dienststellen und Behörden und umgekehrt. Je präziser ein Sozialdienst einen Fall vorbereitet, desto mehr Zeit hat die Sozialbehörde, um sich eines Falls effektiv anzunehmen und im Einzelfall in die Tiefe zu gehen. Zum Mengengerüst: Zwei Drittel der Gemeinden haben heute bereits einen Sozialdienst und somit eine professionelle Unterstützung.

Regierungsrat Anton Lauber ist bei den Anlässen des VSO immer dabei und kennt die Leute und die dort geäusserten Argumente. Er war selber auch acht Jahre Präsident einer Sozialhilfebehörde und acht Jahre Vizepräsident einer Vormundschaftsbehörde.

Es ist sicherlich gut, wenn nun nach so vielen Jahren wieder einmal eine Auslegeordnung gemacht wird dazu, wie es andere Kantone handhaben und welche Lösungen für Basel-Landschaft allenfalls in Frage kommen könnten. Regierungsrat Anton Lauber wird keine pfannenfertige Lösung vorlegen. Es sollen weder Resultate vorweggenommen werden, noch alte Zöpfe abgeschnitten oder nur die Kosten oder die Effizienz in den Fokus genommen werden. Es geht letztlich um die Sicherstellung eines qualitativ guten Sozialdiensts auch für die Zukunft. Dabei ist nicht zu vergessen, dass die Sozialdienste in der letzten Zeit ganz massgeblich wegen des Asylwesens in den Zustand einer Überforderung gekommen sind. Darüber wird nicht so viel gesprochen, sondern es steht in der Zeitung, so und so viele seien dem Kanton Basel-Landschaft zugewiesen worden. Hinter den Zahlen stehen aber Personen, die ins System gebracht werden müssen.

Regierungsrat Anton Lauber ist bereit, eine Validierung zu machen und zu schauen, ob Handlungsbedarf besteht, und falls ja, wie das Ganze angegangen werden kann. Er wird sich nicht an den Wortlaut des Postulats klammern, sondern eine saubere Auslegeordnung machen.

://: Mit 43:29 Stimmen wird das Postulat überwiesen.
